



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/02759**
Datum: 09.06.2021
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.06.2021	öffentlich Entscheidung
Hauptausschuss	22.09.2021	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.09.2021	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Bildung einer Überprüfungscommission für Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Bildung einer Überprüfungscommission, die die erfolgten Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) gemäß Stadtratsbeschluss VII/2020/00806 im Mehraugenprinzip öffnet, sich über einheitliche Bewertungskriterien verständigt und sich eine Meinung darüber bildet, inwieweit diejenigen, über die eine Mitteilung des BStU vorliegt, in das Repressionssystem der DDR verstrickt waren.
2. Jede Fraktion entsendet ein Mitglied in die Überprüfungscommission. Der/die Vorsitzende der Überprüfungscommission wird aus der Mitte der entsandten Mitglieder gewählt.
3. Die Überprüfungscommission informiert den Stadtrat nach Konstituierung über die einheitlichen Bewertungskriterien und die Ergebnisse der Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Unter der Vorlagennummer VII/2020/00806 hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) am 26.02.2020 den Beschluss gefasst, die Mitglieder des Stadtrates, die vor dem Jahr 1975 geboren wurden, auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR zu überprüfen. Laut Beschlusstext wurde konkret die Überprüfung aller Mandatsträger beschlossen, die ihre Einwilligung dazu geben. Allerdings hat der Stadtrat mit dem Beschluss keinen institutionalisierten Umgang mit dem Prüfergebnis beschlossen. Der vorliegende Antrag folgt einem Vorschlag der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Umgang mit den eingegangenen Mitteilungen des BStU.